

Junge Männer bei Frauenberufen im Nachteil

Feldstudie widerspricht verbreiteter Annahme zur Geschlechterdiskriminierung bei Bewerbungen.

BERLIN – Nicht immer sind es Frauen, die bei der Jobsuche das Nachsehen haben. Bei Einstellungsverfahren für typische Frauenberufe erleben Männer Nachteile. In Deutschland, den Niederlanden, Spanien und dem Vereinigten Königreich führen ihre Bewerbungen auf typische Frauenberufe seltener zum Vorstellungsgespräch. Umgekehrt gilt das für Frauen, die sich auf typische Männerjobs bewerben, nicht. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH. Die WZB-Forscher Jonas Radl und Ruta Yemane arbeiteten zusammen mit Kollegen der Universität Oslo, der Universität Carlos III in Madrid und der Universität Amsterdam.

Frauen verdienen im Schnitt noch immer weniger als Männer und besetzen seltener Führungspositionen. Als ein wichtiger Grund für die Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt wird ihre Diskriminierung bei Einstellungsverfahren genannt. Diskriminierung ist jedoch schwer zu messen, und frühere Studien haben für verschiedene Länder unterschiedliche Ergebnisse gezeigt.

Länderübergreifende Feldstudie

Die Studie, die in der Zeitschrift *European Sociological Review* erschienen ist, füllt diese Lücke. Sie ist die erste länderübergreifende Feldstudie zur geschlechtsspezifischen Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt. Analysiert wurden die Antworten von Arbeitgebern auf rund 4.300 Schreiben fiktiver Bewerber in sechs Ländern (Deutschland, den Niederlanden, Norwegen, Spanien, dem Vereinigten Königreich und den USA). Hier hatten sich junge Frauen und Männer (22 bis 26 Jahre) auf offene Stellen für sechs Berufe beworben: Lohnbuchhalter, Empfangsmitarbeiter, Vertriebsmitarbeiter, Koch, Verkäufer und Softwareentwickler.

Männerberufe/Frauenberufe

Die Forscher fanden in keinem Land und für keinen der untersuchten Berufe Hinweise auf eine systematische Benachteiligung von

jungen Frauen – auch nicht in einem männerdominierten Beruf wie der Softwareentwicklung. Für weiblich dominierte Berufe werden Frauen als geeigneter angesehen. Diskriminiert wurden dagegen männliche Bewerber in Deutschland, den Niederlanden, Spanien und dem Vereinigten Königreich. Wenn sich Männer hier auf typische Frauenberufe bewarben, war die Wahrscheinlichkeit, dass sie Rückmeldung erhielten, zwischen fünf und neun Prozent geringer als bei Frauen. „In Deutschland mussten bei Stellenangeboten als Verkäufer männliche Bewerber zum Beispiel fast doppelt so viele Bewerbungen schreiben, um zum Vorstellungsgespräch eingeladen oder um weitere Informationen gebeten zu werden“, erklärt WZB-Forscher Jonas Radl. In Norwegen und den USA hingegen stellten die Forscher im Durchschnitt keine Diskriminierung männlicher Bewerber fest.

„Wir müssen unsere Annahmen überprüfen, dass Frauen immer die benachteiligte Gruppe sind. Geschlechtsspezifische Diskriminie-

rung ist offensichtlich komplexer“, sagt Studienautorin Gunn Elisabeth Birkelund von der Universität Oslo.

Einschränkend muss gesagt werden, dass die Studie nur die frühe Phase bei Einstellungsverfahren untersucht. Zudem handelt es sich um junge Bewerber mit vier Jahren Berufserfahrung. Die vorgelegten Befunde widersprechen darum nicht der Tatsache, dass Frauen im späteren Verlauf ihrer Karriere beim Verdienst oder der Beförderung diskriminiert werden. [DT](#)

Quelle: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH

Studie: Gunn Elisabeth Birkelund, Bram Lancee, Edvard Nergård Larsen, Javier G Polavieja, Jonas Radl, Ruta Yemane: „Gender Discrimination in Hiring: Evidence from a Cross-National Harmonized Field Experiment“, erschienen in: *European Sociological Review* (27. Oktober 2021).

Impfpflicht für medizinisch-pflegerisches Personal?

Versorgungsrisiko für 200.000 Pflegebedürftige befürchtet.

DORTMUND – Zu der aktuellen Diskussion um eine Impfpflicht für medizinisch-pflegerisches Personal erklärt der Vorstand der Deutschen Stiftung Patientenschutz, Eugen Brysch: „Die Mehrheit der Deutschen befürwortet die Impfpflicht für medizinisch-pflegerisches Personal. Allein in der Altenpflege arbeiten hierzulande 1,2 Millionen Menschen, die zwei Millionen Pflegebedürftige versorgen. Tatsächlich weiß aktuell niemand, wie hoch die Impfquote der Beschäftigten ist. Erste regionale Umfragen in dieser Berufsgruppe zeigen, dass die Impfbereitschaft etwa auf Höhe des Bevölkerungsdurchschnitts von unter 70 Prozent liegt. Wer eine gesetzliche Impfpflicht fordert, hat aber zunächst zu klären, mit welchen Sanktionen Verweigerer belegt werden sollen. Im Ausland droht dann die Entlassung. Trotzdem haben sich dort zehn Prozent der Altenpflegekräfte nicht impfen lassen. Vermutlich werden auch in Deutschland mehr als 100.000 Altenpflegekräfte trotz Impfpflicht eine Imp-



fung verweigern. Wer also eine Impfpflicht für medizinisch-pflegerisches Personal in Deutschland umsetzen will, muss auch konsequente Entlassungen verantworten. Schließlich wären dann 200.000 Pflegebedürftige dem Risiko einer fehlenden Betreuung ausgesetzt.“

Hintergrund

Die gemeinnützige Deutsche Stiftung Patientenschutz ist die Sprecherin der schwerstkranken, schwerstpflegebedürftigen und sterbenden Menschen. Zur Wahrung der Unabhängigkeit verzichtet sie auf Gelder der Leistungserbringer, Krankenkassen und der öffentlichen Hand. Sie finanziert sich ausschließlich aus Spenden und Beiträgen ihrer 55.000 Mitglieder und Förderer. [DT](#)

Quelle: Deutsche Stiftung Patientenschutz



„Notwendig, aber nicht hinreichend“

KZVB begrüßt Beschlüsse der Gesundheitsministerkonferenz zu MVZ.



Christian Berger

Dr. Rüdiger Schott

Dr. Manfred Kinner

MÜNCHEN – Die Gesundheitsministerkonferenz (GMK) hat sich unter Vorsitz des bayerischen Gesundheitsministers Klaus Holetschek für eine stärkere Regulierung Medizinischer Versorgungszentren (MVZ) ausgesprochen. Die Kassenzahnärztliche Vereinigung Bayerns (KZVB) begrüßt die Beschlüsse, hält sie aber für nicht ausreichend.

Christian Berger, Vorsitzender des Vorstands der KZVB: „Wir teilen die Auffassung der Gesundheitsminister, dass die wachsenden Versorgungsanteile von MVZ in der medizinischen und zahnmedizinischen Versorgung zu versorgungsfeindlichen Monopolstrukturen führen können. Leidtragende dieser Entwicklung wären vor allem die Patienten. Zahnmedizinische MVZ konzentrieren sich vor allem auf die städtischen Ballungsräume und leisten keinen nennenswerten Beitrag für den Erhalt einer flächendeckenden, wohnortnahen Versorgung. Diese wird in Bayern bislang vor allem durch Einzelpraxen und kleinere Gemeinschaftspraxen sichergestellt. Wir brauchen deshalb dringend strengere Regeln für MVZ. Medizin und Zahnmedizin dürfen nicht zum Spielball internationaler Investoren werden, die in erster Linie hohe Renditen im Blick haben. Die Beschlüsse der GMK weisen in die richtige Richtung. Sie sind notwendig, aber nicht hinreichend. Gründung und Betrieb eines MVZ sollten ausschließlich Ärzten und Zahnärzten gestattet sein, so wie dies auch bei Anwaltskanzleien der Fall ist.“

Dr. Rüdiger Schott, stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der KZVB: „Die Gesundheitsminister fordern zu Recht mehr Transparenz und eine Kennzeichnungspflicht für Träger und Betreiber auf dem Praxisschild eines MVZ. Doch das wird nicht ausreichen, um den weiteren Vormarsch der MVZ zu stoppen. Wir brauchen eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe, die die Vorschläge der ärztlichen und zahnärztlichen Selbstverwaltung aufgreift, um eine weitere Industrialisierung der Patientenversorgung zu verhindern. Aktuell beobachten wir einen Konzentrationsprozess, der sich nachteilig auf die Versorgung in strukturschwachen Regionen auswirkt.“

Dr. Manfred Kinner, Mitglied des Vorstands der KZVB: „Es ist ein Trugschluss, dass sich durch den aktuellen Konzentrationsprozess die Kosten im Gesundheitssystem senken lassen. Abrechnungszahlen der KZVB belegen, dass MVZ pro Fall deutlich mehr abrechnen als eine Einzel- oder Gemeinschaftspraxis. Offensichtlich steht die Rendite an erster Stelle. Auch deshalb sollte der Gesetzgeber die Regeln für investorenfinanzierte MVZ umgehend verschärfen.“ [DT](#)

Quelle: KZVB

